

**17. Wasserforum Bayern**  
**19.10.2020, Videokonferenz**

## **Zusammenstellung der Diskussionsergebnisse**

Hinweise zum Dokument:

- In dieser Niederschrift sind die wesentlichen Diskussionsergebnisse des Wasserforums zusammengefasst wiedergegeben.
- Folgende Anlagen erhalten Sie zusätzlich zur Niederschrift (im ZIP-Ordner enthalten):
  - Anlage 1: Tagesordnung
  - Anlage 2: Vorträge

Hinweise zur Formatierung:

*Kursiv kennzeichnet:* Beiträge und Fragen der Mitglieder des Wasserforums

Graue Normalschrift: Antworten der Verwaltung

**Alle Vorträge und Beiträge wurden zur besseren Orientierung fortlaufend durchnummeriert.**

### **Begrüßung und kurze Einführung (Prof. Dr.-Ing. Martin Grambow, StMUV)**

### **Vortrag 1: Aktuelles zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (Korbinian Zanker, StMUV)**

#### **Diskussion**

*[1] Die Pläne und Karten und Maßnahmen im Hochwasserrisikomanagement (HWRM) sind auf Risikogewässer beschränkt. Wie bekommt eine Kommune einen Überblick über alle Wassergefahren und wie werden Maßnahmen z.B. im Kontext Starkregen dokumentiert?*

Hochwassergefahren und -risikokarten werden nur für Gewässer der Risikokulisse (gemäß vorläufiger Risikobewertung) erstellt. Starkregen und weitere Wassergefahren können in Beratungsgespräche mit integriert und dokumentiert werden. Das Bayerische Aktionsprogramm Gewässer 2030 wird zukünftig auch den Themenkomplex Hochwasser infolge von Starkregen umfassen.

*[2] Gibt es beim Moor- und Auenschutzprogramm entscheidende Fortschritte? Moore und Auen leisten einen Beitrag zum Hochwasserschutz.*

Im HWRM-Plan werden umfassende und vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Hochwassersituation dargestellt. Die HWRM-Pläne bieten einen integralen Blick auf das Thema. Der Rückhalt in der Fläche ist dort auch enthalten. Hochwasserschutz und Ökologie sind keine trennbaren Felder. Sie wirken zusammen. Das Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm 2030 legt besonderen Wert auf die Verknüpfung dieser Säulen.

Darüber hinaus muss auch das Thema Trockenheit mit einbezogen werden. Alle wasserwirtschaftlichen Maßnahmen haben immer mit mehreren dieser Felder zu tun. Die Umwelt muss als Teil unserer Lebensqualität und Gesundheit verstanden werden. Bei der planerischen

Umsetzung soll mit dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 ein voll integrierter Ansatz angestrebt werden.

*[3] Sind in der HWRM-Planung auch lokale Schutzmaßnahmen berücksichtigt? Z.B. an kleineren Bächen und Flüssen, zum Schutz von einzelnen Ortsteilen und Ortschaften. Hier leistet auch die kleine Wasserkraft einen Beitrag (z.B. Stauhaltungsdamme). Wie werden kleinere Maßnahmen bewertet?*

Es wird sehr großer Wert auf die lokalen Maßnahmen gelegt. Diese werden im Beratungsgespräch auf lokaler Ebene erarbeitet. Die Handlungsanleitung zur Aufstellung der HWRM-Pläne berücksichtigt alle Akteure. Wir haben erkannt, dass insbesondere die Beratung vor Ort einen großen Mehrwert bringt. In der Regel sind bei der Beratung Kommune, KVB und WWA vertreten. Es wird dort auch diskutiert, welche weiteren Akteure ggf. noch eingebunden werden müssen, um weitere Maßnahme zu planen und umzusetzen.

*[4] Bei der Verknüpfung von Hochwasserschutz und Bodenschutz ist auch Abschwemmung von Bodenmaterial ein großes Problem. Es sollte nicht nur auf freiwillige Maßnahmen gesetzt werden. Wie ist die Landwirtschaft mit dem Hochwasserrisikomanagement verknüpft?*

Die Landwirtschaftsverwaltung ist bei der Aufstellung der HWRM-Pläne beteiligt. Der Maßnahmenkatalog ist mit der Landwirtschaftsverwaltung abgestimmt. Es wurden auch Arbeitshilfen für diesen Bereich erstellt. Die „boden:ständig-Projekte“ laufen an zahlreichen Orten. Wir sehen auch, dass in diesem Bereich noch Defizite vorhanden sind. Erosion sorgt für zahlreiche Probleme. Abflussquerschnitte in Gräben und der Kanalisation werden blockiert, bis hin zur vollständigen Verfüllung oder Verklausung. Zudem verursacht das abgeschwemmte Material die Kolmation der Gewässersohle. Durch den Verlust des Bodens auf landwirtschaftlichen Flächen gibt es auch Auswirkungen auf die Nutzung.

Die Managementpläne leisten hier einen Beitrag zur Verbesserung. Ein weiterer Baustein sind die Regelungen des §38a im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu Uferstreifen bei größerem Gefälle. Beides geht in die richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus.

*[5] Das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 plus (AP2020 plus) ist eine wichtige Grundlage mit konkreten Maßnahmen und Zielen. Zum Umsetzungsstand des Programms ist jedoch wenig bekannt. Wie ist der Umsetzungsstand? Werden die Ergebnisse der Potenzialstudie „natürlicher Rückhalt“ bei HWRM und WRRL berücksichtigt?*

In regelmäßigen Abständen erfolgt eine Bilanzierung des AP2020 plus (2-3 jährlich). Die Inhalte werden im Ministerrat behandelt und über Pressemitteilungen veröffentlicht. Die Ziele wurden in manchen Bereichen nicht im gewünschten Umfang erreicht, in anderen Bereichen aber auch deutlich übertroffen. Bei Renaturierungen konnten z.B. bisher nicht alle Ziele erreicht werden. Aber diese werden im Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 weiterverfolgt.

Wir nehmen als Anregung mit, die Bilanzen zur Umsetzung transparenter zu machen. Wir wollen besser darstellen, woran es liegt, dass man nicht im gewünschten Umfang weitergekommen ist. Auch sollen die zahlreichen Bemühungen besser sichtbar gemacht werden.

*[6] Die beste Retention ist, wenn ein Tropfen, nachdem er auf den Boden auftritt, dort gleich gespeichert wird. Welche Retentionsmöglichkeiten können durch landwirtschaftliche Nutzflächen erreicht werden? Intensivierung der Landwirtschaft, Entwässerungsgräben und Wegebau wirken der Retention entgegen. Maßnahmen für Betreiber von Bauwerken und Anlagen (Stauanlagen) etc. sind*

*Pflichtmaßnahmen, während Vermeidungsmaßnahmen in der Fläche auf freiwilliger Basis umgesetzt werden sollen. Ist das zielführend? Wie kann hier besser synchronisiert werden?*

Der Maßnahmenkatalog im HWRM sieht zwei Arten von Maßnahmen vor. Gesetzlich verpflichtende Maßnahmen und freiwillige Maßnahmen. Aktuell wird ein Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz erarbeitet. Auch der Rückhalt in der Fläche soll hier gestärkt werden und bereits auf Ebene der Landesplanung und Entwicklung ansetzen.

Bei intensivem Starkregen spielt die Versickerung jedoch keine große Rolle mehr. Sie ist allerdings sehr wichtig in Bezug auf die Niedrigwasserproblematik. Gesetzliche Regelungen und Einschränkungen gibt es z.B. in Bezug auf das Verfüllen von Mulden. Hier stellt allerdings die Überwachung eine große Herausforderung dar.

**[7] Werden Hochwasserentstehungsgebiete in Bayern ausgewiesen?**

Bayern weist keine Hochwasserentstehungsgebiete aus. Eine Arbeitsgruppe der Flussgebietsgemeinschaft Rhein hat die Möglichkeiten der Ermittlung von Hochwasserentstehungsgebieten untersucht. Die zentrale Erkenntnis war, dass es auf Grund hoher Variabilität nicht sinnvoll möglich ist, diese Gebiete abzugrenzen.

Im Alpenraum werden nun verstärkt und systematisch Wildbachgefährdungsbereiche (WGB) ermittelt.

## Vortrag 2: Aktuelles zur Wasserrahmenrichtlinie (Dr. Klaus Arzet, StMUV)

### Diskussion

**[8] Statement:** *Wir brauchen bei der Umsetzung der Richtlinien alle, die mit Wasser zu tun haben. Die Gesellschaft sollte breit informiert und einbezogen werden. Vorschlag, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft für Gewässerschutz und Biodiversität auf allen Ebenen gefördert werden. Mitmachen und Kompetenzbildung helfen, dass die WRRL in der Breite besser wahrgenommen wird.*

*Im Bereich der HWRM-RL erkennen wir, dass die Bevölkerung, aber auch die bayerische Politik sehr unterschiedlich informiert und interessiert ist. In punkto WRRL ist das Informationsdefizit noch deutlicher.*

**[9] Wie wirken sich Belastungen des Wassers mit Mikroschadstoffen auf die Zustandsbewertung aus?**

Im Rahmen der Bewertung der stofflichen Belastungen wird die Einhaltung von Umweltqualitätsnormen (UQN) für festgelegte Stoffe nach OGewV überwacht und entsprechende UQN-Überschreitungen bei der Zustandsbewertung berücksichtigt. Bezüglich neuer zu betrachtender Stoffe gibt es eine EU-weit abgestimmte Strategie. Die Liste der zu untersuchenden Stoffe wird regelmäßig aktualisiert. Dabei werden europaweite Umweltqualitätsnormen gesetzt. Darüber hinaus gibt es einen europäischen Prozess, der eine Liste zukünftig relevanter Stoffe (sog. „Watch-List“) untersucht. Hier fließen die Erkenntnisse der einzelnen Mitgliedstaaten ein, die ihrerseits mit nationalen Stofflisten arbeiten. In Deutschland werden hierzu seit Jahren umfangreiche Untersuchungen durchgeführt und die Ergebnisse innerhalb der LAWA abgestimmt.

**[10] Welchen Einfluss hat die noch mangelhafte Durchgängigkeit der Querbauwerke auf die Zielverfehlung bei 80% der Fließgewässerkörper?**

Die Ergebnisse der aktuellen Risikoanalyse zeigen, dass in über 500 Oberflächenwasserkörpern in Bayern eine signifikante Belastung infolge mangelnder Durchgängigkeit vorliegt. Somit besteht in

diesen Wasserkörpern Handlungsbedarf im Hinblick auf die Verbesserung / Wiederherstellung der Durchgängigkeit. Auch wenn die fehlende biologische Durchgängigkeit eine ausgeprägte hydromorphologische Belastung darstellt (s.a. Kap. 2.1.2.2. der Bewirtschaftungspläne 2016-2021), ist festzustellen, dass in vielen Wasserkörpern nicht allein die fehlende bzw. mangelnde Durchgängigkeit für die Zielverfehlung ursächlich ist. Oftmals liegen weitere signifikante Belastungen vor, die ebenfalls gemindert bzw. behoben werden müssen.

**[11] Wann und wo werden die vollständigen Ergebnisse der neuen Zustandsbewertung der FWK online verfügbar gemacht?**

Alle Ergebnisse der aktuellen Zustandsbewertungen werden erstmals mit Veröffentlichung der Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme am 22.12.2020 öffentlich gemacht. Im Internet kann zu jedem Wasserkörper ein Steckbrief aufgerufen werden (siehe Anhang in den Maßnahmenprogrammen), der neben den Informationen zur Zustandsbewertung (auch bezogen auf Einzelkomponenten) auch die wesentlichen Daten der Bestandsaufnahme inkl. Risikoanalyse sowie zur Maßnahmenplanung enthält. Zusammenfassende Angaben bezogen auf Planungsräume und das gesamte Einzugsgebiet sind im Textteil des jeweiligen Bewirtschaftungsplans zu finden.

**[12] Statement:** *Der Verweis auf die Auswirkungen des Anthropozäns ist richtig und wichtig, auch die Feststellung, dass die Aufgabe groß ist. Das ist aber seit langem bekannt. Dass die Fortschritte bei der WRRL in BY eher gering sind, kann damit nicht entschuldigt werden. Der Hauptgrund liegt doch im bisherigen Vorrang der Freiwilligkeit, dem geringen Maßnahmenumfang in Bezug auf zentrale Faktoren (Geschiebedurchgängigkeit, Mindestwasser, Sediment-, Stoffeinträge u.v.a.) und darüber hinaus in weiteren Planungen für Verschlechterungen (neue Wasserkraftwerke u.a.). Es gibt sehr gute Beispiele, dass sich Verbesserungen einstellen, wenn anspruchsvolle Maßnahmen durchgeführt werden.*

**Was soll ab 2021 konkret geändert werden, um die Umsetzung zu verbessern?**

**Werden dafür genügend personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen?**

Der dritte Bewirtschaftungszeitraum stellt in der Tat eine große Herausforderung für alle Maßnahmenträger dar, da noch eine Vielzahl an Maßnahmen in praktisch allen Handlungsfeldern umzusetzen sind, um in der Fläche die Bewirtschaftungsziele zu erreichen. Der Freistaat Bayern stellt sich grundsätzlich dieser Aufgabenstellung und es sollen die notwendigen Maßnahmen ambitioniert verfolgt bzw. angegangen und gleichzeitig andere Maßnahmenträger bei ihrer Aufgabenstellung unterstützt werden. Über das Gewässer-Aktionsprogramm des Freistaates soll in den nächsten Jahren deutlich in die Umsetzung von hydromorphologischen Maßnahmen an den Gewässern investiert werden. Viele Maßnahmen können synergetisch mit den Zielen des Hochwassermanagements umgesetzt, aber auch mit einer Verbesserung der Sozialfunktion der Gewässer verbunden werden. Wesentliche Voraussetzung für eine zielorientierte, erfolgversprechende und vollständige Maßnahmenplanung ist, diese bis zur Zielerreichung durchzuführen. Die sogenannte Vollplanung, die nun erstmals deutschlandweit einheitlich stattgefunden hat, ist ein Ergebnis der Abstimmungen auf Ebene der LAWA. Darüber hinaus hat die LAWA der Umweltministerkonferenz zahlreiche Vorschläge unterbreitet, wie die Umsetzung der WRRL in Deutschland forciert werden kann. Ob die finanziellen und personellen Ressourcen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden, ist insbesondere auch eine (gesellschafts-)politische Entscheidung bzw. eine Frage der Prioritätensetzung.

**[13] Wird sich der Freistaat BY für eine Ökologisierung der Agrarpolitik einsetzen?**

Der Freistaat Bayern stellt sich den Herausforderungen, die die Umweltgesetzgebung an die Landwirtschaft stellt. Im Rahmen der novellierten Düngeverordnung wird Bayern u. a. 2021 sog. eutrophierte Gebiete ausweisen. Dort müssen Landwirte Maßnahmen zum Erosionsschutz sowie erhöhte Abstände zu Gewässern bei der Düngung einhalten. Detailfragen hierzu können an das Landwirtschaftsressort gerichtet werden.

**[14] Statement: Maisanbau ist nicht per se ein Problem, sondern eher eine Managementfrage – Stichwort: minimaler Pflanzenschutzmitteleinsatz (nur eine Herbizidbehandlung, Zwischenfruchtanbau, Mulchsaat/Untersaat, ...) und dennoch maximaler Energieertrag auf der Fläche.**

**[15] Wann wird der Mindestwasserleitfaden fertig?**

Es ist geplant, die Handlungsanleitung Mindestwasser (sog. „Mindestwasserleitfaden“) in 2021 nach Abstimmung mit der Politik und den Verbänden in einer Erprobungsphase in der Praxis (an den WWA) zu testen. Voraussetzung ist, dass der überarbeitete Entwurf das Einvernehmen aller Beteiligten findet bzw. sich als kompromissfähig erweist.

**[16] Statement: Dass der Biber ein Grund für zu geringe Fortschritte ist, widerspricht zahlreichen Untersuchungen. Vielmehr sorgt der Biber für ökologische Verbesserungen, z. B. dadurch, dass in Trockenzeiten, wo ganze Bachabschnitte ausgetrocknet waren, vor den Biberdämmen noch Wasser war und dort Gewässer-Organismen überleben konnten.**

**[17] Statement: Klimaschutz darf nicht auf Kosten Gewässerschutz gehen (Stichwort: Erneuerbare Energien).**

**Welchen Niederschlag finden die Ergebnisse der TU München zu den Untersuchungen hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung in Bezug auf den Vollzug WHG an Bestandwasserkraftanlagen? Wie wird in Anbetracht der Ergebnisse der Neubau von (Klein-)Wasserkraftanlagen eingestuft?**

Ergebnisse des seit 2014 laufenden Projektes zum Fischmonitoring der TUM (Prof. Geist) zu Fischschädigungen an konventionellen und innovativen Wasserkraftanlagen wurden im Juli 2020 der Fachwelt und der Öffentlichkeit im Internet zugänglich gemacht, um eine breite Fachdiskussion in Gang zu setzen. Das Projekt läuft noch bis 2022. Eine grundlegend interessante und schlüssige Erkenntnis daraus ist, dass eine bestimmte Technologie nicht per se immer „gut oder schlecht“ sein muss. Es kommt stets auf die individuelle Konstellation der Anlage vor Ort an („Einzelfallentscheidung“). Entscheidende Parameter sind dabei u. a. die Fallhöhe, die eingesetzte Turbinentechnik und das betreffende Fischartenspektrum. Das LfU (ÖIB) ist beauftragt, aus den TUM-Untersuchungen konkrete Handlungsempfehlungen für die amtliche Sachverständigentätigkeit der WWA abzuleiten und als Hilfsmittel für die Begutachtung im Wasserrechtsverfahren zur Verfügung zu stellen.

**Vortrag 3: Information zum Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030 (Dr. Wolfgang Rieger & Dr. Thomas Henschel, LfU)**

**Diskussion**

[18] *Der integrative Ansatz wird von den Verbänden begrüßt. Sie hoffen, dass sie bei der Umsetzung frühzeitig einbezogen werden. Wichtige Akteure sind die Kommunen, die die Ökologie mehr in ihren Bebauungsplänen berücksichtigen sollten oder die Wasserstraßen, bei denen wir zusammen mit dem Bund endlich vorankommen müssen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Durchgängigkeit und die Renaturierung an der Donau sein. Es sollte dazu eine Arbeitsgruppe mit der WSV entstehen.*

Die Kommunen sind ein wichtiger Akteur zur Zielerreichung der Säulen I und II sowie in der Umsetzung der HWRM-RL und WRRL. 90 % Gewässerstrecke der bayerischen Gewässer sind Gewässer 3. Ordnung, für die die Kommunen zuständig sind. Der Freistaat Bayern informiert, berät und unterstützt die Kommunen, nicht zuletzt durch umfangreiche Förderprogramme. Dies ist so auch weiterhin im Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030 vorgesehen und im Programm verankert.

Das Thema Sozialfunktion könnte die Kommunen dazu motivieren, mehr auch bei Säule I und II zu tun. Problematisch könnte das Thema Verkehrssicherung werden, da hier aus der Rechtsprechung strenge Vorgaben existieren, gleichzeitig aber die personellen Ressourcen bei den Kommunen nicht in jedem Fall im erforderlichen Umfang vorhanden sind, um diesen Vorgaben nachzukommen. Hier müssen Kommunen und Wasserwirtschaftsverwaltung gemeinsam nachdenken, wie man diese Hürden nimmt.

Die Bundeswasserstraßen sind ebenso Teil des Bayerischen Aktionsprogramms Gewässer 2030. Die Zusammenarbeit mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung soll in den kommenden Jahren verstärkt werden. Das Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“ und das Nationale Hochwasserschutzprogramm mit der ungesteuerten Retention setzen hier neue Akzente.

[19] *Statement: Es wird eine Selbstverpflichtung der Gemeinden durch Integration der Konzepte und Maßnahmen aus dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 in kommunale Flächennutzungs- und Landschaftspläne, ggf. auch als Voraussetzung für die Fördermittelbereitstellung, angeregt.*

[20] *Frage zu den Handlungsfeldern: Ist vorgesehen, die Landwirtschaftsverwaltung zu integrieren und für die Zielerreichung den ökologischen Landbau zu unterstützen?*

Die Landwirtschaft ist einer von vielen Akteuren, die einen Beitrag zur Zielerreichung im Rahmen des Bayerischen Aktionsprogramms Gewässer 2030 leisten können – sei es im Hochwasserschutz oder Gewässerschutz. Über die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftsverwaltung sollen die Belange der Wasserwirtschaft an die einzelnen Landwirte kommuniziert werden. Der ökologische Landbau ist dabei einer von vielen Aspekten.

[21] *Ist es den Verbänden möglich sich bei der Erstellung der Broschüre fachlich zu beteiligen?*

Bei der Erstellung der Broschüre werden die im Rahmen des Wasserforums eingebrachten Punkte berücksichtigt. Die Beteiligung von Verbänden ist darüber hinaus in der Umsetzungsphase des Bayerischen Aktionsprogramms Gewässer 2030 auf Regionalebene und projektbezogen möglich und erwünscht.

[22] *Statement: Wie wichtig, aber auch schwierig die Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der örtlichen Politik sind, zeigen die Bemühungen des StMI ID4. Seit 2014 reisen die Mitarbeitenden durch Bayern um den Verantwortlichen die Wichtigkeit des ID4-2252.12-87 zur Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen, zu verdeutlichen. 2014 bis 2020 - eine lange Zeitspanne und es ist noch nicht zu Ende.*

[23] *Statement (schriftlich eingegangener Beitrag):*

*Starkregen und der sinnvolle und zielgerichtete Umgang mit Niederschlagswasser sind überaus wichtige Zukunftsthemen für die kommunale Planung. Nur wenn diese Themen sehr früh im Fokus der Betrachtung liegen, d.h. schon auf der Ebene der Flächennutzungsplanung Gedanken über die Gefährdung durch Starkniederschläge und mögliche Rückhalte- oder Speicherräume angestellt werden, lassen sich in der Regel mit geringem Aufwand nachhaltige Lösungen finden. Dabei spielt auch eine wichtige Rolle, Niederschlagswasser für die Begrünung der Siedlungen zu speichern und für künftig zu erwartende häufigere Trockenperioden zur Verfügung zu stellen. Denn nur mit intensiver Begrünung lassen sich klimawandelbedingte Temperaturanstiege auf ungesunde und nicht mehr lebenswerte Maße begrenzen.*

*Die DWA Bayern weist darauf hin, dass dies elementare Aufgabe der Kommunen im Rahmen Ihrer Planungshoheit ist, aber sie dazu von zahlreichen Stellen umfangreiche Beratungsangebote bekommen können.*

*Die DWA Bayern empfiehlt zudem den Kommunen dringend, im Zuge der Gefahrenvorsorge für Starkregen in betroffenen Gebieten Gefahrenkarten zu erstellen, um den potenziell Betroffenen aufzuzeigen, wo so sich schützen sollten und um für die eigenen Planungen entsprechende Planungsgrundlagen zu schaffen.*

[24] *Welche Rolle spielt das Niedrigwasser-Management im Aktionsprogramm Gewässer?*

Das Thema Niedrigwasser wird im Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030 mitgedacht, da viele Maßnahmen im Programm sowohl der Hochwasser- als auch der Niedrigwasservorsorge dienen. Zukünftig wird hier noch mehr Arbeit investiert werden müssen.

[25] *Welche Rolle spielt der Bayerische Wasserpakt im Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030?*

Die Bayerische Staatsregierung hat im Jahr 2017 zusammen mit Erzeugern, Wasserversorgern, Verbänden und Institutionen einen Wasserpakt geschlossen. Ziel des Wasserpaktes ist es, alle Kräfte zu bündeln, um auf freiwilliger Basis, ergänzend zu den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere eine Reduktion der stofflichen Belastungen der Gewässer zu erreichen. Zum Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030 gehören grundsätzlich nur Maßnahmen zur Reduktion des partikulären Stoffeintrags aus der Fläche (z.B. Eintrag über Erosion, Kolmation etc.), die gelösten Stoffe sind im Regelfall außen vor. Sie sind dennoch eine wichtige Randbedingung.

[26] *Das Thema Durchgängigkeit ist ja wie Sie sagen "thematischer Standard". Gibt es zum Vorgehen, wie ökologische Durchgängigkeit (flussauf- und abwärts) erreicht wird, neue Ansätze und Pilotprojekte (Stichwort Rückbau statt Umbau bzw. Umgehung)?*

Der Rückbau ist sicher eine Option, muss aber immer im Detail betrachtet werden. Dabei ist auch fachlich zu bewerten, ob und wie die flussbaulichen Funktionen (zum Beispiel zur Sohlstützung) davon berührt sind.

[27] *Der Gewässerschutz darf nicht mit dem Klimawandel ausgespielt werden, gerade im Hinblick auf den Wasserkraftausbau. Die Ergebnisse der TUM-Untersuchungen zeigen ein ernüchterndes Bild zur Fischverträglichkeit. Wir haben den Eindruck, dass die Wasserkraft protegert wird.*

Die rechtliche Zulässigkeit ist immer eine lokale Einzelfallentscheidung. Zum Mindestwasserleitfaden sind die internen Diskussionen am Laufen, er geht eventuell noch dieses Jahr an die Verbände.

[28] *Es ist eine objektive und ausgewogene Darstellung der Auswirkungen der Wasserkraft erforderlich.*

Die Auswirkungen eines Vorhabens sind im jeweiligen Wasserrechtsverfahren zu prüfen.

[29] *Statement: Wir brauchen dringend eine saubere Bilanzierung, wie sich bspw. Fischschäden am Triebwerk zum Beitrag der pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Reduktion verhält usw. Das läuft bisher in Bezug auf den Klimaschutz-Beitrag v.a. der Kleinwasserkraft viel zu pauschal.*

[30] *Wo ist der Bericht für das mit zwei Wasserwirtschaftsämtern entwickelte Tool für die WWA-eigenen Flächen veröffentlicht?*

Der Bericht zum Pilotvorhaben aus dem Jahr 2012 ist ein verwaltungsinterner, unveröffentlichter Sachstandsbericht. Er fließt ein in das Projekt zum Flächenmanagement der Flächen im Eigentum der Wasserwirtschaft. Das Projekt ist angelaufen und wird voraussichtlich bis Ende 2023 fachtechnisch abgeschlossen.

[31] *Der Energiepflanzenanbau kann sehr vielfältig gestaltet werden und besteht nicht nur aus Mais. Gerade in sensiblen Gebieten könnte man mit Alternativen, wie z.B. blühenden Energiepflanzen als Dauerkultur sehr positive Effekte u.a. auch für den Wasserschutz erreichen - siehe Pilotprojekte in Unter- und Oberfranken. Trotz Verwertung der Anbaubiomasse in Biogasanlagen muss hier den Landwirten zusätzlich ein finanzieller Ausgleich geboten werden. Alternative Energiepflanzen liefern leider nur ca. 25-50% des Ertrags als Mais.*

Vielen Dank für die gute Anregung, die wir gerne an die Landwirtschaftsverwaltung weitergeben.

[32] *Wie werden Schadstoffe in Bezug auf ökologische Einflüsse in die Säule II des Programms integriert? Vgl. dazu am 14.10. von der EU-Kommission veröffentlichte "chemicals strategy for sustainability".*

Beim Thema stoffliche Belastungen gehören grundsätzlich nur Maßnahmen zur Reduktion des partikulären Stoffeintrags aus der Fläche (z.B. Eintrag über Erosion, Kolmation etc.) zum Bayerischen Aktionsprogramm Gewässer 2030, die gelösten Stoffen sind im Regelfall außen vor. Sie sind dennoch eine wichtige Randbedingung.

[33] *Als weiteres Element müssten die wasserabhängigen Ökosysteme mit einbezogen werden.*

Die wasserabhängigen Ökosysteme werden in der WRRL-Umsetzung behandelt.

[34] *Bei der Säule II sollten die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme (ggf. nach Aktualisierung) mit einbezogen werden. Ebenso sollten Moor- und Feuchtgebiete hier stärker integriert werden. Wichtig ist auch die Einbeziehung von Umweltverbänden vor Ort.*

Die Einbeziehung bestehender Arten- und Biotopschutzprogramme in Säule II ist vorgesehen. Die Renaturierung und der Schutz der Moore sind im Masterplan Moore behandelt, im bayerischen Klimaschutzprogramm (KLIP 2050) werden dafür Mittel bereitgestellt. Moorschutz ist primär in der Naturschutzverwaltung angesiedelt.



**[35] *Über welche hauptamtlichen Personalressourcen verfügen die Gewässernachbarschaften derzeit im Bereich der Wasserwirtschaft?***

Die Gewässer-Nachbarschaften Bayern werden von der Koordinierungsstelle organisiert, die am LfU im Referat 64 angesiedelt ist. Alle in den einzelnen Landkreisen tätigen Beraterinnen und Berater und sind nebenberuflich im öffentlichen Interesse tätig, die Nebentätigkeit wird mit festen Sätzen vergütet. Die Beraterinnen und Berater sind fachlich und örtlich versierte Kolleginnen und Kollegen aus der Wasserwirtschaft (vom Abteilungsleiter am WWA bis zur fachkundigen Stelle der KVBs), dem StMUV, der Regierung, der Landwirtschaftsverwaltung, der Landschaftspflegeverbände, aus Kommunen, Unterhaltungszweckverbänden und aus freien Büros.

Die Besetzungsliste ist im Internet verfügbar und wird laufend aktualisiert:

<https://www.lfu.bayern.de/wasser/gewaessernachbarschaften/nachbarschaften/index.htm>

**[36] *Die EEG-Förderung Biogasanlagen läuft bei vielen Bayerischen Anlagen aus. Warum gibt es keinen Substratbonus für Wildpflanzenmischungen o.ä. zur Pufferung von Ertragsausfällen gegenüber Mais?***

Antwort des StMELF:

Sowohl im EEG 2009 als auch im EEG 2012 war zusätzlich zur Grundvergütung eine so genannte Rohstoffvergütung, die zwei Rohstoffklassen umfasste. In Rohstoffklasse 2 waren u. a. ökologisch wertvolle Rohstoffe wie z. B. „Wildpflanzen“ enthalten. Die Rohstoffklassen wurden jedoch mit dem EEG 2014 abgeschafft. Im Zuge der Bundesratsbehandlung zum EEG 2021 wurde ein entsprechender Antrag gestellt, der jedoch keine Mehrheit erlangen konnte. Im Übrigen ist es sinnvoll, derartige Detailregelungen im Fachrecht und nicht im übergeordneten EEG zu regeln. Abgesehen von der Möglichkeit einer Finanzierung über das EEG werden z. B. Blühpflanzenmischungen derzeit über die Maßnahme „B43 – Vielfältige Fruchtfolge mit blühenden Kulturen“ im Rahmen des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) gefördert.

**[37] *Sozialfunktion ist wichtig. Wie möchte man v.a. überbordenden gewerblichen Nutzungen (Rafting, Kanutouren usw.) staatlicherseits entgegenwirken? Aus unserer Sicht müssten gewerbliche Nutzer nachweisen, dass keine Umweltschäden durch die Nutzung entstehen.***

Mit dem integralen Ansatz des Bayerischen Aktionsprogramms Gewässer 2030 können regelmäßig Vorab-Überlegungen angestellt werden (z. B. Konzepte zur Besucherlenkung, Absperrung ökologisch besonders sensibler Bereiche), um einer Übernutzung von vornherein entgegenzuwirken. Wenn mehr Gewässer naturnah – und somit attraktiv für Freizeit und Erholungsnutzung – gestaltet werden, reduziert sich die Anzahl der Menschen in einem bestimmten Gebiet von allein (bessere Verteilung).

**[38] *Wie wird "Übernutzung" definiert. Ab wann ist ein Gewässer „übernutzt“?***

Leider gibt es derzeit kein Gesetz und auch keine Definition. Letztlich ist es eine Entscheidung der Kreisverwaltungsbehörde vor Ort, ggf. auf Basis von selbst vorgenommenen Beobachtungen. Im Rahmen des Projekts Sozialfunktion werden wir in den nächsten Jahren ggf. weitere Erkenntnisse hierzu gewinnen und Bewertungsgrundlagen erarbeiten.

**[39] *Inwiefern ist behördlicherseits geplant, gemeinsam mit allen Beteiligten (Umweltschutz & Nutzervertreter) wissenschaftliche Untersuchungen zur Konfliktlösung bzw. als Grundlage für den Erlass nachvollziehbarer/verhältnismäßiger Nutzungseinschränkungen durchzuführen?***

Diese Thematik ist Teil des 2021 angelaufenen LfU-Projektes „Sozialfunktion“ (FF. Ref. 64), das eine umfassende Beteiligtenanalyse bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen zur Säule III vorsieht.

Sie wird ergänzt durch eine systematische Sammlung, Aufbereitung und Internetbereitstellung von Vorzeigbeispielen (Best-Practice-Beispielen) an bayerischen Gewässern.

*[40] Totholz-Einbringungen werden vom Bayerischen Kanu-Verband definitiv begrüßt, solange hierdurch keine Gefahrenstellen für Kanusportler entstehen bzw. die Befahrbarkeit der Gewässer generell verhindert wird. Welche Vorgaben sind Ihrerseits hierzu geplant?*

Grundsätzliche Vorgaben sind nicht zielführend. Die Situation vor Ort muss im konkreten Einzelfall beurteilt werden. Die verschiedenen Interessen und Belange – u. a. auch konkurrierende Nutzungen – sind dabei zu berücksichtigen.

*[41] Statement: Gefahrenstellen entstehen nicht durch das eingebrachte Totholz, sondern durch die oft mangelnde Gefahreneinschätzung des Menschen.*

*[42] Inwiefern ist geplant, auch die Durchgängigkeit von technischen Querbauwerken für den Menschen (Bootfahrer) zu verbessern - idealerweise in mit der Ökologie synergetischer Weise (z.B. durch ausreichend stärker wasserführende Umgehungsgerinne)? Wichtig wäre auch, mehr Gewässer attraktiv zu gestalten und damit die Hotspots zu entflechten und eine bessere Verteilung zu gewährleisten.*

Hierzu werden wir im Rahmen des LfU-Projekts „Sozialfunktion“ eine Arbeitsgruppe einrichten.

*[43] Statement: Umgehungsgerinne und Fachaufstiegsanlagen haben als Maßgabe den Vollzug von § 34 WHG. Die Sozialfunktion ist nachrangig, da fehlende Durchgängigkeit bspw. Grund für ein Vertragsverletzungsverfahren ist, nicht aber das Fehlen von Sozialfunktionsmöglichkeiten.*